



Presseschau vom 12.03.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenTund Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

Dan-news.info: „Um 8:30 war es in Donezk ruhig. Nach Mitteilungen von Einwohnern waren in der Nacht vom 11. auf den 12. März Geräusche von Schüssen aus nördlicher Richtung zu hören“, heißt es in der Mitteilung des Bürgermeisteramtes der Hauptstadt. Informationen über Zerstörungen, Tote und Verletzte gingen nicht ein. Die kommunalen Einrichtungen müssen noch 17 Transformatorunterstationen wieder in Betrieb nehmen, 3479 Abnehmer an die Gasversorgung anschließen und mindestens 15 Heizwerke reparieren.

Dan-news.info: Die Anzahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist stark gewachsen, in den letzten 24 Stunden gab es 51 Verletzungen des Waffenstillstands, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Die letzten 24 Stunden waren gekennzeichnet durch eine Verstärkung der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen. In der letzten Nacht wurden 30-mal Ortschaften der Republik beschossen. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 51 Beschüsse festgestellt.“

Im Verteidigungsministerium wurde hinzugefügt, dass die ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Panzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen auf die Ortschaften Weseloje, Gorlowka, Spartak, Oktjabrskoje, Schirokino und auf den Donezker Flughafen richteten.

Dan-news.info: Die Streitkräfte der Ukraine haben Truppenübungen in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie begonnen, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Nach Mitteilung einer kompetenten Quelle aus den ukrainischen Streitkräften haben die ukrainischen Truppen heute, am 12.03.15, mit einer militärischen Schießübung im Gebiet nordwestlich von Gorlowka begonnen – in der Ortschaft Majorsk“, wurde im Verteidigungsministerium berichtet.

Der Gesprächspartner von DAN sagte auch, dass es, wenn man die geografische Lage von Majorsk berücksichtigt, sehr schwierig sein wird, die in den Minsker Vereinbarungen vorgeschriebene Distanz einzuhalten.

Dan-news.info: „Am 11. März haben die Sprengstofftechniker des Zivilschutzministeriums der DVR während der Kontrolle des Territoriums auf explosive Objekte in Donezk, Sneshnoje und Jelenowka zwei 122mm Artilleriegeschosse, eine Antipanzermine TM-62, drei Antipersonenminen PMN, zwei Kassettenelemente eines „Uragan“-Systems, eine Granate RGD-5, ein reaktives Geschoss eines „Grad“-Systems und ein weiteres explosives Objekt unbekannter Art gefunden“, heißt es in dem Bericht.

Rusvesna.su: Die Kiewer Behörden haben mit der Jagd auf die Kommunisten begonnen. Kampfgefährten haben zugesichert, 80 Tagessätze für den ehemaligen Volksdeputierten der KPU Sergej Gordienko zu zahlen. Dies teilte der KP-Vorsitzende Pjotr Simonenko mit. ... Er bezog sich damit auf das Strafverfahren, das gegen den ehemaligen Abgeordneten eröffnet wurde.

Simonenko sagte, dass auch gegen ihn mehrere Strafverfahren eröffnet wurden – wegen angeblicher separatistischer Aussagen. Er ergänzte, dass ihm die konkreten Vorwürfe nicht mitgeteilt wurden, er aber zum Verhör vorgeladen worden sei.



Dan-news.info: Kiew hat bis jetzt nicht mit der Erfüllung der auf sich genommenen Verpflichtungen zur Wiederherstellung der sozialökonomischen Verbindungen mit dem Donbass begonnen, einschließlich der Zahlung von Renten und der Arbeit des Banksystems. Dies erklärte heute das Außenministerium der RF.

„Obwohl vom Moment der Unterzeichnung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen schon ein Monat vergangen ist, sind keinerlei Schritte auf dem Gebiet der Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen zur Wiederaufnahme der Arbeit des Bankensystems, der Wiederherstellung der sozialökonomischen Verbindungen, einschließlich sozialer Transfers, wie die Zahlung von Renten und anderen Zahlungen (wie es im Punkt 8 des Maßnahmekomplexes festgehalten ist) durch Kiew zu sehen“, heißt es auf der Seite des russischen Außenministeriums.

Dort wird daran erinnert, dass die einseitige Beendigung der Renten- und Sozialzahlungen an die Bewohner des Donbass eine Verletzung der Verpflichtungen Kiews aus dem Internationalen Vertrag über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte in Bezug auf einen Teil der Bevölkerung des Landes ist. „Die Rede ist von den Rechten auf soziale Sicherheit auf dem höchsten erreichbaren Niveau des Lebensunterhalts (Ernährung, Kleidung, Wohnung) und auf dem höchsten erreichbaren Niveau der physischen und psychischen Gesundheit“, wurde im Außenministerium hinzugefügt.

„Wir rufen interessierte internationale Organisationen und Strukturen auf, die Regierung in Kiew zu veranlassen, die Durchführung solch einer antihumanen Politik in Bezug auf die sozial nicht gesicherten Bevölkerungsschichten zu stoppen“, fasste das Außenministerium Russlands zusammen.

Lug-info.com: Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR in der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnago im Zusammenhang mit dem sich nähernden Ende der Frist für den Abschluss der Zwischenetappe der Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.

Es bleiben weniger als drei Tage bis zum Auslaufen der 30-tägigen Frist seit Unterzeichnung der neuen Redaktion der Minsker Vereinbarungen. Bis zum 14. März muss die ukrainische Seite die Liste der Territorien bestimmen, auf die sich der besondere Status gemäß des zuvor angenommenen Gesetzes der Ukraine erstreckt.

Aber während dieser Zeit waren die Handlungen der ukrainischen Seite nach einer schon eingeführten Tradition nicht auf die Realisierung der ersten 4 Punkte des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen gerichtet. Gleichzeitig beobachten wir, wie die Führung der Ukraine danach strebt, die Volksrepubliken angeblicher Verletzungen der Normen der erreichten Vereinbarungen zu beschuldigen, während sie andererseits ihr bewusstes Scheitern bei der Erfüllung der vereinbarten Aufgaben ignorieren. Dabei widersprechen die Erklärungen der Vertreter der Kiewer Spitze einander. Eine solche Art verantwortungsloser provokativer Handlungen kann in den nächsten Tagen leider zum Grund entweder für das völlige Scheitern des Friedensprozesses oder für seine deutliche Verlangsamung werden.

Schon am Tag nach der Unterzeichnung des Maßnahmekomplexes hat der Außenminister der Ukraine Pawel Klimkin erklärt, dass „weitere Verhandlungen bezüglich des besonderen Regimes des Donbass ausschließlich im Rahmen der Gesetze realisiert werden, die von den Abgeordneten beschlossen werden, und eine Dezentralisierung des Donbass wird im Rahmen der Verfassungsreformen vor sich gehen, deshalb hat niemand irgendwelche Verpflichtungen politischer oder juristischer Art auf sich genommen und kann dies auch im Prinzip nicht tun“.

Eine solche Behandlung der in Minsk von allen Seiten bestätigten Vereinbarungen hat uns sofort dazu gebracht, an der Entschlossenheit des Gegners zu zweifeln.

Eine Bestätigung der Befürchtungen sind die widersprüchlichen Erklärungen der Vertreter der sogenannten ATO, die einander in allen wesentlichen Teilen der Minsker Vereinbarungen widersprachen. Das Fehlen einer abgestimmten Position bei den Vertretern der ukrainischen Streitkräfte hat den Abzug der Waffen beträchtlich verlangsamt und die Möglichkeit der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen durch Kiew unter Zweifel gestellt. Dabei wurde der Prozess des Abzugs schwerer Waffen von regelmäßigen Provokationen von der ukrainischen Seite begleitet.

Öl ins Feuer goss auch Herr Grojsman, der Sprecher des Parlaments der Ukraine, der am 10. März erklärte, dass er die Führungen der Republiken nicht anerkennt, die das Volk des Donbass gewählt hat, und entsprechend nicht mit ihnen bezüglich der Vorbereitung der Verfassungsreformen zusammenarbeiten wird.

Aber selbst das ruft nicht die größte Besorgnis im Vorfeld des Ablaufens der 30-tägigen Zwischenetappe der Friedensregelungen hervor.

Gemäß den Minsker Vereinbarungen läuft am 14. März die Frist zur Realisierung des 4. Punktes aus, der die ukrainische Seite verpflichtet, genauer ihre gesetzgebende Macht, einen Beschluss über eine Liste der Gebiete, auf die sich der besondere Status im Rahmen des Gesetzes der Ukraine „Über die besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Regionen der Oblaste Donezk und Lugansk“ erstreckt. Das Gesetz wurde von Präsident Poroschenko am 16. Oktober unterzeichnet, aber ohne die Bestimmung der Liste der konkreten Territorien, d.h. ohne die Realisierung des 4. Punktes der Minsker Vereinbarung. Eine solche Situation macht den weiteren Friedensprozess unmöglich und ebenfalls die Teilnahme der Vertreter der Volksrepubliken an der Verfassungsreform in der Ukraine und die Durchführung von örtlichen Wahlen.

Im Ergebnis entfaltet sich ein nicht sehr hoffnungsvolles Bild. Weniger als drei Tage bis zur gesetzten Frist des Auslaufens der Zwischenetappe bemühen sich die Vertreter der ukrainischen Spitze mit allen Mitteln die Verhandlungen in eine Sackgasse zu führen, die Erfüllung der Vereinbarungen zum Scheitern zu bringen und ein weiteres mal den Genozid am Volk des Donbass fortzusetzen, anstatt sich zu beeilen innerhalb der Frist ihre Verpflichtungen zu erfüllen und den Frieden zu bewahren.

Und leider reagiert weder der Präsident der Ukraine noch der Premierminister auf solche Provokationen und offen nicht konstruktive Positionen ihrer Kollegen, und die Vertreter der OSZE, UNO und anderer großer internationaler Organisationen ziehen es gemäß ihrer Tradition vor, die Augen genau in den Moment zu schließen, wo die Dreistigkeit des Kiewer Regimes alle Grenzen überschreitet.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die Wirtschaftsblockade des Donbass durch Kiew hat eine akute Nahrungsmittelkrise in der Region ausgelöst, sagte Denis Puschilin, der Unterhändler der selbsterklärten Republik Donezk, am Donnerstag.

„Die ukrainische Seite hat faktisch nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine energetische und eine Verkehrsblockade gegen uns verhängt“, erklärte Puschilin am Donnerstag im Föderationsrat (russisches Oberhaus).

Sie treffe die Region in vielem bis an den Rand ihrer Überlebensfähigkeit, betonte er. Solche Aktivitäten hätten „eine akute Wirtschaftskrise zur Folge“.



Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Unter den Trümmern des neuen Terminals sind noch mindestens 30 Leichen ukrainischer Soldaten“, teilte Basurin mit.

Das langsame Tempo der Arbeiten der Spezialdienste der DVR bei der Bergung der Leichen erklärt Basurin mit „der dichten Verminung des Territoriums des Flughafens durch ukrainische Truppen beim Abzug“.

„Trotz der Erklärungen der Kiewer Regierung über den vollständigen Abschluss des Abzugs schwerer Waffen von der Kontaktlinie erhalten wir weiterhin Informationen über eine Verstärkung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte auf der gesamten Kontaktlinie und auch über das Vorhandensein von Artillerie und Raketensystemen in der demilitarisierten Zone.“

Nach den Worten Basurins wurde eine erhebliche Verstärkung der Gruppierungen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Mariupol und der Ortschaft Peski festgestellt.

„Es findet eine unverhohlene Verlegung weiterer motorisierter Teile der ukrainischen Streitkräfte mit Panzertechnik aus dem Hinterland zur Kontaktlinie statt, eine Bewegung von Kolonnen mit Munition und Baumaterialien für die Befestigung der Positionen der Truppen. In Richtung Donezk sind nördlich der Ortschaft Saryj Krym neue Artilleriefuerpositionen für Batterien reaktiver Raketensysteme „Grad“ stationiert worden. Ein weiteres „Grad“-System wird derzeit 6 km nordöstlich der Ortschaft Starognatowka stationiert.“

In Richtung Mariupol im Gebiet des Ortschaft Gnutowo ist ein Zug vier „Grad“-Systemen konzentriert.

In Richtung Lugansk im Gebiet der Ortschaft Stanitschno-Luganskoje sind in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sechs „Grad“-Systeme stationiert.

„Alle von uns erhaltenen faktischen Informationen über diese und andere Verletzungen der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen geben wir an das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung weiter“, teilte Basurin mit.

Die DVR ihrerseits ruft, mit dem Ziel einer vollständigen Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar, die Beobachtermission der OSZE auf „unverzüglich einen Besuch der angegebenen Gebiete zu organisieren und die Kontrolle des unverzüglichen Abzugs der ukrainischen schweren Waffen auf die vereinbarte Distanz sicherzustellen.“

„Von unserer Seite bestätigen wir unsere Bereitschaft, die Durchführung analoger Maßnahmen der Vertreter des Gemeinsamen Zentrums und der OSZE auf dem Territorium der DVR zu garantieren“, fasste Basurin zusammen.

„In den letzten 24 Stunden wurden im Verlauf der Untersuchung des Territoriums der Flughafens und der Umgebung von Donezk von Ingenieurgruppen mehr als 200 explosive Objekte gefunden.“

Außerdem sind in den Ortschaften Dokutschajewsk, Makejewka und Jelenowka „weitere 34 nicht explodierte ukrainische Geschosse“ gefunden worden.

„Mit dem Ziel der Sicherheit der Bevölkerung sind alle diese auf Sprengplätze gebracht worden und wurden unschädlich gemacht.“

Alle Versuche Kiews, die Kämpfer von „Asow“ unter Kontrolle zu bekommen, sind fehlgeschlagen.

„Bezüglich des Bataillons „Asow“: Diese Abteilung, die sich in südlicher Richtung befindet, tut sich durch nichts anderes hervor als durch Trunkenheit, Plünderung und Beschuss unserer Positionen im Gebiet Nowoasowsk.“

Nach den Worten Basurins sind alle Versuche des Generalstabs, Offiziere des Stabs der ATO zu „Asow“ zu kommandieren, gescheitert.

„Vom Zeitpunkt der Einstellung der aktiven Kämpfe haben sich die Kämpfer von Asow in eine unkoordinierte bewaffnete Herde verwandelt.“

Kiew benötigt Gerüchte über den Angriff der DVR, um tödliche westliche Waffen zu erhalten. Wie einer der Journalisten während der Pressekonferenz bemerkte, wurde in der amerikanischen Zeitschrift Newsweek Material mit Bezug auf das Kiewer Bataillon „Asow“ veröffentlicht, dass dieses angeblich Funksprüche abgefangen habe, in denen von der Vorbereitung eines großflächigen Angriffs am Ende des Monats im Osten der Ukraine die Rede sei.

„Gerüchte darüber liebt Kiew zu verbreiten, um im Westen tödliche Waffen zu erhalten“, sagte Basurin.

Nach seinen Worten ist Asow eine Bande, die kein System zum Abfangen von Funksprüchen haben kann.

„Mehr als einmal wurde durch viele Fernsehsender festgestellt, dass die Kämpfer von „Asow“ faschistische Hakenkreuze verwenden. Wir nennen sie nationalistisch. Und eine solche Publikation zitiert solche Idioten? Mir tut es für diese Publikation leid, dass sie solche Lügen weitergibt“, sagte Basurin.

Das Verteidigungsministerium der DVR bewertet die Übungen, die die ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie durchführt, als eine Provokation.

„Ich habe die OSZE über diese Übungen informiert und sie haben sich sehr gewundert, sie wussten nicht, dass Manöver durchgeführt wurden. Bei der OSZE wurde mir gesagt, dass sie eine Beobachterpatrouille in die Manöverzone schicken, um zu sehen, was dort wirklich stattfindet. Niemand verbietet der Ukraine solche Übungen durchzuführen, sie haben ein großes Territorium. Bisher. Aber warum machen sie das in der Nähe unserer Positionen? Insgesamt halte ich das für eine Provokation.“

Die Reparatureinheiten der Armee der DVR haben in den letzten 24 Stunden 10 Infrastrukturobjekte in Ulegorsk, Debalzewo und Jasinowata wiederhergestellt.

„In den letzten 24 Stunden haben die Milizen mehr als drei Kilometer Elektroleitungen montiert, sieben Elektrounterstationen wieder angeschlossen, 500 Meter Straße asphaltiert

und drei Heizwerke wieder angeschlossen.

Die Wiederaufbauarbeiten an der Infrastruktur werden auf dem gesamten Territorium der Republik durchgeführt. „Die schwierigste Situation ist in Ulegorsk, Debalzewo und Jasinowata“.

„Hier werden aktive Maßnahmen zur Wiederherstellung der Strom- und Wasserversorgung und der Wohnungen unternommen, von Objekten der sozialen Sicherheit, strategischer Produktion und der Straßen auf den wichtigsten Transportwegen.“

De.sputniknews.com: Die Bürgerwehr der nicht anerkannten Donezker Volksrepublik hat Spekulationen über eine angeblich geplante Offensive im Südosten der Ukraine als falsch zurückgewiesen.

Amerikanische Medien hatten unter Berufung auf das kiewtreue Bataillon Asow berichtet, dass die Milizen für die nächste Woche eine große Offensive im Süden des Donezbeckens planen würden. In der Region gilt seit fast vier Wochen Waffenruhe.

Der Vizekommandeur der Bürgerwehr Eduard Bassurin sieht hinter diesen Vorwürfen den Wunsch Kiews, Waffen aus dem Westen zu bekommen. Bassurin verwies darauf, dass eine Offensive ohne Artillerie nicht möglich wäre. Die Milizen hatten bereits am 1. März ihre schweren Waffen von der Frontlinie abgezogen. „Mit dieser Erklärung will die Ukraine erreichen, dass die USA und andere Staaten ihr tödliche Waffen liefern.“

In den USA drängen ranghohe US-Politiker und Militärs Präsident Barack Obama dazu, den ukrainischen Kriegseinsatz gegen die Regierungsgegner im Osten des Landes mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Russland warnt, dass Waffenlieferungen die Friedensbemühungen scheitern lassen und den Konflikt anheizen würden. Auch die Mehrheit der europäischen Politiker ist gegen Waffenlieferungen in die Konfliktregion, darunter der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der britische Verteidigungsminister Michael Fallon und die italienische Verteidigungsministerin Roberta Pinotti. Nach russischen Angaben werden US-Waffen bereits in die Ukraine geliefert. Die USA bestreiten das.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Premier Arseni Jazenjuk hat Bedenken hinsichtlich einer erfolgreichen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen über die Regelung im Donbass. „Ich möchte sehr daran glauben, dass der Minsker Prozess ein gutes Ende nehmen wird. Aber es gibt wenig Gründe für diesen Glauben“, sagte Jazenjuk am Donnerstag bei der Berichterstattung über die Arbeit der ukrainischen Regierung. Der Regierungschef äußerte die Meinung, dass Russland „seine Pläne in Bezug auf die Ukraine“ nicht geändert habe. Moskau hat wiederholt erklärt, dass Russland an den Ereignissen im Südosten der Ukraine nicht beteiligt und nur daran interessiert ist, dass die Ukraine ihre politische und wirtschaftliche Krise überwindet.

Dan-news.info: Die Spezialdienste der Ukraine haben ein ziviles Auto im Gebiet der Ortschaft Krasnyj Partisan gesprengt. Vier Menschen starben. Dies teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Auf dem Territorium, das sich unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet, im Gebiet der Ortschaft Krasnyj Partisan (südwestlich von Gorlowka) ist heute die Sprengung eines zivilen Autos mit einer gerichteten Sprengladung erfolgt, in der Folge starben vier Menschen, darunter zwei Kinder. Ein Passagier erlitt schwere Verletzungen, er ist in einem ernstesten Zustand.“

Nach den Worten des Gesprächspartners von DAN weisen im Verteidigungsministerium der DVR vorliegende Aufklärungsdaten darauf hin, dass dies eine zielgerichtete Provokation der ukrainische Seite ist.

„Nach der vorliegenden Information wurde diese Provokation von Spezialdiensten der Ukraine geplant, um anschließend die Milizen der DVR einer Diversionsaktion zu beschuldigen, die gegen die friedliche Bevölkerung gerichtet ist“, wurde im Ministerium erklärt.

De.sputniknews.com: Kiew tut alles nur Mögliche, um die Minsker Vereinbarungen zunichte zu machen – darunter auch durch die Bitte an die UNO um einen Einsatz von Blauhelmen, sagte Denis Puschilin, der Unterhändler der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, am Donnerstag.

„Die Ukraine bemüht sich darum, diese unterzeichneten Punkte (der Vereinbarungen von Minsk) zu torpedieren, indem sie ihre eigene Auslegung anbringt oder sie vollständig bricht“, sagte Puschilin am Donnerstag im Föderationsrat (russisches Oberhaus). Es handle sich dabei sowohl um den Aufruf zu einem Blauhelm-Einsatz als auch „um die Durchführung einer Verfassungsreform ohne unsere Vertreter“.

Der Verhandlungsprozess werde nur noch imitiert, betonte er.

„Leider müssen wir feststellen, dass die gleichen Fehler begangen werden, wie sie es bei Minsk 1 gegeben hat, als das Feuer eingestellt wurde, jedoch keine politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen wurden.“

Die Ukraine leiste der friedlichen Beilegung des Konflikts und der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen Widerstand.

De.sputniknews.com: Lettischer Politiker: Ukrainisches Militär hat denselben Feind wie einst Waffen-SS.

Die lettischen Legionäre der Waffen-SS haben gegen den gleichen Aggressor gekämpft wie die ukrainischen Militärs heute – gegen Russland, wie der lettische Sejm-Abgeordnete und stellvertretende Kovorsitzende der „Nationalen Vereinigung“ (VL-TB/LNNK) Janis Dombrava mit Blick auf den bevorstehenden Aufmarsch der SS-Legionäre in Riga schreibt.

In seinem Appell unter der Überschrift „Ein anderer Blick auf die Geschichte“ zieht Dombrava Parallelen zwischen dem Konflikt im Südosten der Ukraine und der Situation in den Jahren 1940-1941 in den Baltischen Ländern, berichtet das Portal mixnews.lv nach Angaben der russischen Zeitung „Regnum“.

„Die Ukraine braucht militärische Hilfe, um ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit beizubehalten. Im Klartext gesagt, braucht die Ukraine Waffen, um gegen die Streitkräfte Russlands anzukämpfen. Eine ähnliche Situation hatte es in den Jahren 1940-1941 in den Baltischen Ländern gegeben. Unsere Völker benötigten militärische Hilfe, um gegen die UdSSR zu kämpfen. Diese Möglichkeit bot sich 1941, als Deutschland den Krieg gegen UdSSR begonnen hat. Aus den Memoiren lettischer Legionäre geht hervor, dass die Deutschen als zeitweilige Verbündete galten. Die Letten waren bereit, nach einer Zerschlagung der Roten Armee mit Unterstützung verbündeter Länder gegen die Deutschen zu kämpfen. Aber das Schicksal fügte es anders“, so Dombrava.

Ihm zufolge wird der Westen erst jetzt begreifen, warum Lettland vor seine „nationalen Soldaten“ salutierte. „Schamhafte Letten, die sich von unseren nationalen Soldaten distanzieren, werden heute nicht gebraucht. Jetzt heißt es, an die ganze Welt ein klares Signal zu senden, dass wir vor diejenigen Landsleute salutieren, die einst gegen das totalitäre Regime gekämpft haben“, so Dombrava.

Wichtig sei, dass die Politiker und die Gesellschaft Lettlands „kein Wasser auf die Mühle der Kreml-Lügen gießen“, indem sie diejenigen kritisieren, die die lettischen Legionäre ehren.

„Es wäre eine große Ehre für die Legionäre, wenn nicht nur die Sejm-Vorsitzende, sondern auch der Präsident und der Premier (am 16. März — Regnum) zusammen mit ihnen sind. Das wäre ein klares Signal für die Welt, dass Lettland seine Geschichte nie vergessen wird“, so der Abgeordnete.

In Riga sind für Montag, den 16. März, Gedenkveranstaltungen für die lettischen Legionäre der Waffen-SS angesetzt.



De.sputniknews.com: Die überwältigende Mehrheit der Russen wünscht sich keinen prowestlichen Umsturz nach dem Vorbild des ukrainischen Euromaidan. Die meisten halten eine solche Entwicklung in Russland für unmöglich, zeigt eine Umfrage des Moskauer Meinungsforschungsinstituts WZIOM.

Etwa 94 Prozent der Russen wollen keinen „Euromaidan“ in Russland. Diese ablehnende Haltung ist in gleichem Maße unter Stadt- und Dorfbewohnern und in allen Einkommenskategorien stark verbreitet. Nur zwei Prozent der Befragten waren gegenteiliger Meinung.

Mehr als drei Viertel (76 Prozent) der Interviewten äußerten, dass in Russland grundsätzlich keine Protestaktionen wie der ukrainische Euromaidan möglich wären. Diesen Standpunkt vertraten vor allem Menschen mit hohem Einkommen (80 Prozent). Unter Minderbemittelten lag der Anteil bei 71 Prozent. Nur etwa 15 Prozent der Russen halten Proteste in ihrem Land nach dem Vorbild des ukrainischen Euromaidan für möglich. WZIOM hat Ende Februar 1.600 Menschen in 132 russischen Ortschaften befragt.

Dan-news.info: Vertreter der OSZE und des Roten Kreuzes, die bei der humanitären Operation zur Bergung der Leichen Kiewer Soldaten anwesend sind, haben beschlossen den Donezker Flughafen wegen neuer Beschüsse von ukrainischer Seite zu verlassen, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

... Außerdem waren auch die Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR gezwungen den Flughafen aufgrund der eigenen Sicherheit vorzeitig zu verlassen.

Dennoch wurde eine Leiche eines Soldaten der ukrainischen Streitkräfte geborgen, ein Militärausweis auf den Namen Andrej Alexandrowitsch Kuprijanow gefunden.

Rusvesna.su: Das ukrainische Militär hat erneut die Rettungskräfte der DVR beschossen, die die Leichen ukrainischer Soldaten aus den Trümmern des Donezker Flughafens bergen. Die Vertreter von OSZE und Internationalem Roten Kreuz verließen den Flughafen wegen des Beschusses durch die ukrainische Seite.

Am heutigen Tage konnte nur ein einziger Körper geborgen werden...'



Abends:

Dan-news.info: Kiew hat noch zwei Tage, um seine Unterstützung der Minsker Vereinbarungen zu beweisen. Dies erklärte heute das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Die Kiewer Regierung hat noch zwei Tage bezüglich der Bedingungen der Minsker Vereinbarung, um den Abzug all seiner Technik und schweren Waffen abzuschließen und mit der Realisierung des „politischen Teils“ der Vereinbarungen zu beginnen. Wenn sie dies nicht tun werden, und die Anzeichen dafür sind alle ganz offensichtlich, und damit alle Versprechungen ihres Präsidenten nichtig machen, wird dies das Unvermögen der Kiewer Regierung zeigen“, sagte er.

Nach den Worten Sachartschenkos verstärken sich in der Ukraine die Positionen der politischen Kräfte, die auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts im Donbass setzen. „Die „Partei des Krieges“ ist die weitaus stärkste in der Ukraine, sie bewegt Poroschenko zu Schritten, die nicht mit den Minsker Vereinbarungen übereinstimmen“, sagte das Oberhaupt der DVR. „Sie wollen keinen Frieden in der Ukraine“.

Rusvesna.su; Russische Truppen werden die Grenzen zu NATO-Staaten überschreiten, wenn sie nicht in der Ukraine aufgehalten werden, meinst die Präsidentin Litauens Dalja Gribauskajte.

„Wenn wir den Präsidenten Russlands Wladimir Putin auf dem Weg in die Ukraine nicht aufhalten, wird er über unsere Grenzen kommen – die Grenzen der NATO-Länder“, gibt „Radio Liberty“ ihre Worte wieder.

Zuvor hatte Gribauskajte in einem CNN-Interview hinzugefügt: „Es ist sehr gut, dass jetzt die Vereinbarungen erfüllt werden, die auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 getroffen wurden, und dass die USA die Länder des Baltikums unterstützen.“

Auf dem Gipfel im September hatten die 28 Mitgliedsländer der Allianz die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe, die innerhalb von zwei Tagen einsatzbereit sein soll, sowie die Bildung operativer Kommandozentren in sechs NATO-Ländern (Polen, Lettland, Litauen, Estland, Rumänien und Bulgarien) vereinbart.

Dazu ist anzumerken, dass Moskau mehrfach erklärt hat, dass es keine regulären russischen Truppen im Donbass gibt und dass die Russische Föderation keine Partei des „innerukrainischen Konfliktes“ ist.



Dnr-online.ru: Der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin stellt den Unwillen der Ukraine fest, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. „Es bleiben noch zwei Tage bis zum Ende der Frist zur Annahme eines Beschlusses der Obersten Rada der Ukraine, der eine Liste der Gebiete des Donbass mit besonderem ökonomischen und politischen Status bestimmt, wovon die Erfüllung der Punkte der Minsker Vereinbarungen abhängig, die auf die Feuereinstellung und den Abzug schwerer Waffen folgen. Die ukrainische Regierung beeilt sich weder dabei den „Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“ noch ihre eigenen Gesetze zu erfüllen. Es ist offensichtlich, dass das offizielle Kiew die humanitäre Situation im Donbass nicht berührt. Im Gegenteil wird alles getan, um die Lage zu verschlimmern. Beispielsweise können die Einwohner der Republik seit langem nicht über die Grenzen des Territoriums der DVR hinaus gelangen, darunter auch Rentner zur Beantragung der Rente, wegen der Einführung dieses Passierscheinsystems, das mit allen möglichen Mitteln die freie Bewegung behindert. Dabei treten die offiziellen Vertreter des Außenministeriums der Ukraine gegen die humanitären Konvois aus der RF ein, obwohl für viele Einwohner des Donbass dies die einzige Möglichkeit ist, nicht an Hunger zu sterben. Das Problem könnte beträchtlich geringer sein, wenn Unterarbeitsgruppen im Rahmen des „Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“ eine gemeinsame Lösung der Fragen der sozialökonomischen Verbindungen begonnen hätten, was wir täglich der ukrainischen Seite vorschlagen, was aber bis heute zu nichts führt“.

Dan-news.info:

Der ständige Rat der OSZE entschied heute das Mandat der besonderen Beobachtermission in der Ukraine bis zum 31. März 2016 zu verlängern und die maximale Anzahl von Beobachtern auf 1000 zu erhöhen, teilt Ria Novosti mit.

Dan-news.info: Die überwiegende Mehrheit der Bürger der DVR vertraut den zentralen Staatsorganen der DVR. Davon zeugt die erste Umfrage bei der Bevölkerung der DVR, die vom Zentrum für soziologische Forschungen „Besonderer Status“ durchgeführt wurde. „Der Grad des Vertrauens unter den Bürgern der Republik ist recht hoch: 89% der Bevölkerung, verhält sich, trotz des niedrigen Lebensstandards, positiv zur Regierung und ihrer Politik“, sagte heute die Pressesekretärin von „Besonderer Status“ Alina Koljanowa. „Dabei sind 33,3 Prozent davon überzeugt, dass es noch zu früh ist über die Effektivität der Regierung der DVR zu urteilen“. „Die Gesamtzahl der befragten beträgt 3217 (Donezk, Makejewka, Golowka, Sneshnoje,

Charzysk)“, sagte die Vertreterin des Zentrums. Die Umfrage wurde vom 19. bis zum 23. Februar 2015 durchgeführt.

Die Umfrage macht auch deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger der DVR die Ukraine als Aggressor sieht:

„In der DVR sehen 93,5 Prozent der befragten Bürger der DVR die Ukraine als Aggressor und stimmen der Aussage zu, dass die Kämpfe im Donbass eine militärische Aggression der Ukraine gegen die eigenen Bürger ist“, erklärte die Vertreterin des Zentrums.

„Die Versuche der ukrainischen Seite, den Donbass mit einer Transport- und Wirtschaftsblockade zu isolieren haben die antiukrainische Einstellung verstärkt. Mehr als 70 Prozent der Befragten verbinden die Zukunft der Republik nicht mit der Ukraine, nur 19,3 Prozent sprachen sich für eine Zukunft im Rahmen einer föderativen Ukraine aus.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko dankte Oleg Berjosa für seine Arbeit als Innenminister und widersprach kategorisch Gerüchten über dessen Festnahme.

„Niemand hat Oleg Berjosa festgenommen, die Journalisten haben die lügnerischen Worte des Sprechers der „ATO“ übernommen“, erklärte Sachartschenko. „Ich danke Oleg Berjosa für seine Arbeit und seine Anstrengungen, die er im Dienste der Volksrepublik erbracht hat.“

Dan-news.info: „Heute haben wir in Debalzewo der ukrainischen Seite sieben Leichen übergeben, sie wurden uns von zwei unserer Leute gebracht. Eine Leiche hat die ukrainische Seite sofort nach Jenakiewo geschickt, wo sich die aus Ulegorsk evakuierte Mutter des Gefallenen befindet“, sagte das Mitglied der Kommission zu Fragen der Kriegsgefangenen im Verteidigungsministerium der DVR Lilija Rodionowa.

Die Übergabe der Leichen wurde gemäß dem Befehl des Verteidigungsministers der DVR Wladimir Kononow durchgeführt. Vertreter des ukrainischen Verteidigungsministeriums waren bei der Übergabe nicht anwesend. Die im Debalzewo-„Kessel“ Gefallenen wurden Freiwilligen übergeben, die sie in die Ukraine bringen.

De.sputniknews.com: Die antifaschistischen Organisationen Lettlands werden von der Sicherheitspolizei des Landes „wild gehetzt“, wie der Ko-Vorsitzende des Lettischen Antifaschistischen Komitees, Joseph Koren, am Donnerstag zu Sputnik sagte.

„Die Sicherheitspolizei Lettlands betreibt derzeit wilde Hetze gegen uns antifaschistischen Organisationen. Es werden über uns alle möglichen verleumderischen Informationen verbreitet“, so Koren. Ihm zufolge hat ein Polizeichef gesagt, dass „die Antifaschisten eine weitere Gemeinheit vorbereiten, um den lettischen Staat zu diffamieren“. Dabei habe keiner der Polizeichefs je gesagt, dass die Veranstalter des Aufmarsches für die Waffen-SS den lettischen Staat damit in Verruf bringen würden.

Alle Gespräche würden abgehört und alle Briefkästen geknackt, so Koren. Nach seinen Worten wurde ihm die Miete einer Konferenzhalle, wo an diesem Sonntag eine Rundtisch-Konferenz des Antifaschistischen Komitees stattfinden sollte, auf behördliche Anweisung verweigert.

„Die Sicherheitspolizei sieht in den Handlungen der Antifaschistischen Organisationen die größte Gefahr für Lettland“, so Koren.

In Riga wird jedes Jahr am 16. März eine Parade der Veteranen der Lettischen SS-Freiwilligen-Legion durchgeführt. An diesem Tag hatte Nazi-Deutschland diese Einheit 1943 erstmals gegen die sowjetische Armee eingesetzt. Der Marsch der SS-Veteranen sorgt seit Jahren für heftige Kritik seitens antifaschistischer Bewegungen.

Novorosinform.org: Im Stadtzentrum von Luzka wurde vor den Augen der Passanten der Zweite Sekretär der KPU und Erste Sekretär des LKSMU (Leninscher Komsomol der Ukraine – A.d.Ü.) in der Region Wolyn, Alexander Kononowitsch, geschlagen und mit unbekanntem Ziel entführt. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

